

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 101. Ratssitzung vom 1. Juli 2020

2688. 2019/97

Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Marcel Müller (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019:

Vermittlung eines Objekts für den Verein «queer altern» durch die Stiftung PWG

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marcel Müller (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1009/2019): Bereits vor Corona debattierten wird zu diesem Thema. Der Verein queerAltern sucht ein Objekt, in dem er eine Alterssiedlung mit Alterswohnungen für LGBTQI-Menschen erwerben, errichten, eröffnen oder betreiben kann. Diese Leute brauchen keine spezielle Behandlung im Alter, aber sie wollen ihr Alter so verbringen, dass sie sich nicht alltäglich gegenüber anderen Leuten erklären müssen. Leider ist das auch heute noch der Fall. Eine Umfrage des Stadtrats, das Nachfragen im Rat und die Antworten einer Interpellation zeigten, dass es keine LGBTQI-Menschen in einem Altersheim gibt. Das ergab die Umfrage, aber das kann nicht sein. Es kann hingegen sein, dass sich diese Leute nicht wagen zu sagen, dass sie vielleicht schwul, lesbisch, bisexuell oder transsexuell sind. Denn wenn sie das sagen, gibt es vielleicht andere, die nicht am selben Tisch essen wollen. Nachdem wir sahen, welche Vorstösse eingereicht wurden, trafen wir den Vorstand des Vereins und fragen, ob die darin enthaltenen Forderungen – vergünstigte Wohnungen oder Genossenschaftswohnungen – ihren Bedürfnissen entsprechen. Ihre Antwort war Nein: Sie wollen sich an einem Bauprojekt beteiligen und vielleicht selbst eine Genossenschaft gründen und auf diese Weise ein Alterswohnheim errichten. Sie teilten uns auch mit, dass sie über genügend finanzielle Mittel verfügen, um das selbst zu realisieren. So kamen wir auf das vorliegende Postulat. Sie haben sich bereits bei vielen Bauprojekten beworben, beispielsweise auch beim Kochareal. Sie erreichten jedoch immer nur den zweiten oder dritten Rang und wurden nie als Partner akzeptiert. Darum sind wir der Meinung, dass die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) eines der erworbenen Objekte dem Verein queerAltern zur Verfügung stellen kann. Weil uns der Verein mitteilte, dass er über die finanziellen Mittel verfügt, hielten wir fest, dass das zu marktüblichen Konditionen geschehen soll. Die SP würde das Postulat mit der Streichung von «zu marktüblichen Konditionen» unterstützen. Wir sind bereit, den Textänderungsantrag anzunehmen.*

***Roger Bartholdi (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. März 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist nicht einfach, diesen Vorstoss abzulehnen. Es ist wohlwollend, sich für ältere Menschen, die queer, respektive LGBTQI sind, einzusetzen. Wir müssen den Vorstoss jedoch genau betrachten. Aus unserer Sicht ist es der falsche Weg, diese Ausgrenzung zu machen. Man sagt praktisch: «Ihr müsst in dieses Haus gehen.» Alle, die in dieses Haus wollen, müssen ihr*

2 / 4

Quartier verlassen, weg von ihrem Freundes- und Bekanntenkreis ziehen, weil es nun ein Haus gibt, wo sie untergebracht werden. Diese Ausgrenzung ist der erste Fehler des Systems. Aber es stimmt, dass die Situation heute leider noch nicht gut ist: Teilweise kann nicht gesagt werden, dass man Teil der aufgezählten Gruppierungen ist. Dass Ausgrenzung der falsche Weg ist, zeigt das Beispiel von Südafrika, wo zwischen «Blacks», «Coloureds» und «Whites» unterschieden wurde. Wir müssen die Gesellschaft so weit bringen, dass LGBTQI-Menschen toleriert sind – unabhängig vom Ort, an dem sie sich befinden. So hätten sie zwar ein Haus, aber es ist wichtig, dass sie überall sein können – auf der Strasse, im Alltag, im Ausgang und überall auf dem öffentlichen Grund – und dass sie nicht diskriminiert werden. Es mag sein, dass eine Separierung und ein separates Haus Massnahmen sind, die für Einzelfälle temporär notwendig sind, damit sie sich sicher fühlen können. Aber ich halte es für falsch, das anzutreiben. Man müsste dafür sorgen, dass in den bestehenden Häusern niemand mehr diskriminiert wird. Es sind teilweise andere Religionen, die mehr Mühe mit Leuten aus diesen Kreisen haben. Dann muss bei der Täterschaft angesetzt werden: Sie müssen sich an die Schweizer Demokratie und an unsere Gesellschaftsregeln halten. Dort muss Ausgrenzung stattfinden. Wir halten dieses Postulat für den falschen Weg, jedoch ist es löblich, dass Lösungen gesucht werden. Ich denke, dass die Betroffenen nicht erfreut sind, wenn sie in ein Haus müssen, keine Vielfalt und keine Wahlmöglichkeiten mehr haben. Es ist falsch, wenn sie nur noch unter sich sind; es braucht Vielfalt gerade in diesem Bereich. Es wäre falsch, wenn eine gewisse sexuelle Orientierung notwendig ist, um in das Haus ziehen zu dürfen.

Patrick Hadi Huber (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Es geht nicht darum, dass wir im Gemeinderat eine Planung erstellen, dass LGBTQI-Menschen in ein Haus ziehen müssen, wenn sie alt sind. Der Verein queerAltern ist äusserst engagiert. Das beweisen sie gerade auch während der Corona-Zeit mit rasch aufgebauten Angeboten. Dieser wertvolle Verein engagiert sich für einen Alterswohntort, an dem die Menschen zusammenwohnen können. Das hat nichts mit einer Separation zu tun. Niemandem wird ein Wohnort vorgeschrieben. Grundsätzlich halten wir das Postulat für sehr sympathisch. Sympathisch finden wir auch, dass die FDP Wohnraum fordert, was wir mittragen. Dass sogar eine städtische Stiftung eingespannt wird, finde ich sehr begrüßenswert. Diese Gedanken tragen wir vollständig mit und wir finden auch, dass die Hilfe durch die Stadt oder spezifisch durch die Stiftung PWG eine richtige und wichtige Hilfe ist. Einzig stören wir uns daran, dass die PWG ihre Grundsätze der Kostenmiete verlassen und der Verein queerAltern mit marktüblichen Konditionen behandelt werden soll. Wir sind der Meinung, dass die PWG-üblichen Vermietungsgrundsätze angewendet werden sollen und dass darum «zu marktüblichen Konditionen» weggelassen werden sollte.

Weitere Wortmeldungen:

Brigitte Fürer (Grüne): Dass es beim Älterwerden unterschiedliche Bedürfnisse gibt, debattierten wir im Rat bereits ausgehend. Es geht nicht um Isolierung und Ausgrenzung unserer Familie, wie das Roger Bartholdi (SVP) anmerkte. Es geht um eine ge-

wisse Unterstützung. Man muss nicht nach uns schauen; wir müssen nicht betreut werden. Dass es spezifische Angebote auch für unsere Familie braucht, ist mittlerweile breit akzeptiert. Dass es trotz intensiven Bemühungen des Vereins queerAltern schwierig ist, im vollkommen überhitzten Wohnungsmarkt ein geeignetes Objekt zu finden, ist für alle klar. Auch wenn die selbstständige Stiftung PWG selbstverständlich keine direkten Aufträge für eine Vermittlung von uns entgegennehmen kann, so kann die Stadt, die in den Stiftungsräten vertreten ist, zumindest dafür schauen, dass etwas in diese Richtung verstärkt unternommen werden kann. Bei uns löste vor allem auch die Frage, ob die FDP einen Hintergedanken hat, eine Diskussion aus. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist der FDP oft ein Dorn im Auge und sie lässt kaum eine Gelegenheit aus, Stiftungen und Genossenschaften mit zusätzlichen Vorschriften einzudecken. Trotz den Befürchtungen unterstützen die Grünen das Postulat; auch mit der Textänderung.

Peter Anderegg (EVP): Es überrascht uns, dass mit dem Postulat ein Verein, der sich für Integration und Gleichstellung in der Gesellschaft einsetzt, sich im Alter in eine Art Ghetto zurückziehen will. Heute ist es zumindest aus rechtlichen Gründen kein Problem, wenn beispielsweise gleichgeschlechtliche Paare in Altersheimen leben. Mit den eingetragenen Partnerschaften wurden administrative Hürden abgebaut. Wenn es in diesen Situationen trotzdem aus sozialen oder persönlichen Gründen Konflikte gibt, wäre es besser, wenn eine gesunde Durchmischung oder eine positive Auseinandersetzung mit der Situation stattfinden würde. Wir sind grundsätzlich für Integration und gegen Separation. Darum werden wir das Postulat nicht unterstützen.

Walter Angst (AL): Wir werden dem Vorstoss aufgrund des Postulatstexts unsere Unterstützung verweigern. Die Stiftung PWG soll aufgefordert werden, dem Verein queerAltern ein Objekt zu marktüblichen Konditionen zu vermitteln oder zu überlassen. Das Ziel, solche Projekte zu realisieren, ist selbstverständlich richtig. Die Stiftung PWG ist eine eigenständige Stiftung mit einem Stiftungsrat. Wenn etwas bewirkt werden soll, dann sollte der Stiftungsrat der PWG direkt aufgefordert werden, ein solches Projekt zu realisieren. Allerdings ist es ein Widerspruch, dass die PWG dem Verein etwas überlassen oder verkaufen sollte. Die PWG kauft Liegenschaften, um sie dann als preiswerter Wohn-, Geschäfts- und Gewerberaum anzubieten. Die vorgeschlagene Konstruktion ist somit gänzlich quer. Es ist auch nicht ein sinnvoller Weg, dass die PWG eingesetzt werden sollte, um einzelne wohnpolitische Aufträge auszuführen. Ich denke, dass damit ein Missbrauch der PWG stattfinden wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Keine der vier städtischen Wohnbaustiftungen ist so wenig dem Stadtrat zugeordnet wie die Stiftung PWG. Sie wählen die Stiftungsräte und haben die Oberaufsicht. Eigentlich richten Sie das Postulat an sich selbst. Die PWG ist Ihre Stiftung und sie verbietet sich sehr, dass der Stadtrat eine Aufsichtsfunktion wahrnehmen soll. Die Zeiten, in denen jemand anklopfen kann mit der Bitte, ein bestimmtes Areal übernehmen zu können, sind vorbei. Solange die Stadt Areale im Baurecht ausschreibt, werden sie ausgeschrieben und man muss sich dafür bewerben. Der Verein ist ein möglicher Partner für die Stadt, er muss sich entsprechend organisieren und bei grösseren

4 / 4

Arealen Partner suchen. Postulate, die fordern, dass eine Gruppierung von der Stadt ein Areal erhalten soll, würden wir zur Ablehnung empfehlen, weil wir mit Blick auf die eigenen Bedürfnisse eine Triage durchführen und die Gesamtanliegen bei frei werdenden Parzellen berücksichtigen müssen.

Marcel Müller (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stiftung PWG dem Verein «queer altern» ein Objekt ~~zu marktüblichen Konditionen~~ vermitteln oder überlassen kann, sodass dieser ein Wohnprojekt für LGBTQI-Menschen im Alter realisieren kann.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat